



Isabella Ackerl

marixwissen

Die Staaten der Erde

Europa und Asien



Isabella Ackerl

marixwissen

Die Staaten der Erde

Europa und Asien

Dr. Isabella Ackerl, geb. 1940 in Wien, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien, Promotion zum Dr. phil.; seit 1971 wissenschaftliche Sekretärin der »Wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kuntschak-Preises zur Erforschung der Geschichte der Ersten Republik«. Seit Dezember 1981 Bundespressedienst in Wien. Zahlreiche Publikationen und Lexikonartikel.

Zum Buch

Die Staaten der Erde Europa und Asien

Der Band bietet eine kurz gefasste Übersicht, gleichsam eine Momentaufnahme des Status quo des jeweiligen Landes. Berücksichtigt werden seine Geschichte, seine allgemeine politische Positionierung, und vor allem seine wirtschaftliche Lage. Am Beginn stehen jeweils Eckdaten wie Größe und Bevölkerungszahlen, religiöse und ethnische Gliederung, sowie Währung und Sprachen. Die einzelnen Staaten sind übersichtlich in alphabetischer Reihenfolge angeordnet.

Isabella Ackerl
Die Staaten der Erde

Isabella Ackerl

Die Staaten der Erde

Europa und Asien

marixverlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Es ist nicht gestattet, Abbildungen und Texte dieses Buches zu scannen, in PCs oder auf CDs zu speichern oder mit Computern zu verändern oder einzeln oder zusammen mit anderen Bildvorlagen zu manipulieren, es sei denn mit schriftlicher Genehmigung des Verlages.

Alle Rechte vorbehalten

Copyright © by marixverlag GmbH, Wiesbaden 2012

Lektorat: Dr. Lars Hoffmann, Roßdorf

Covergestaltung: Thomas Jarzina, Köln

Karten: © by WAY OK ...wegweisend, Stuttgart. www.way-ok.de

Bildnachweis: akg-images GmbH, Berlin

eBook-Bearbeitung: Bookwire GmbH, Frankfurt am Main

ISBN: 978-3-8438-0226-0

www.marixverlag.de

ISLAMISCHER STAAT AFGHANISTAN (AFG)



Fläche	652.090 km ²
Hauptstadt	Kabul (1,4 Mio. Einw.)
Währung	1 Afghani (AF) = 100 Puls (PL)
Staatsform	Islamische Republik
Parlament	Parlament mit 249 Sitzen
Religion	Muslime 99%, davon 84% Sunniten, 15% Schiiten, sonstige 1%
Einwohner	24,8 Mio. (1t. UNFPA-Weltbevölkerungsbericht)
Sprachen	Paschtu, Dari und andere
Gliederung	31 Provinzen
Staatsoberhaupt	Staatspräsident
Nationalfeiertag	18. August
Nationalitäten/Ethnien	Paschtunen 38%, Tadschiken 25%, Hazara 19%, Usbeken 6%, sonstige 12%

Internet www.afghanembassy.net

Geschichte

Afghanistan, einst Teil des Perserreiches unter König Kyros, wurde von Alexander dem Großen erobert und wurde nach dessen Tod dem Herrschaftsbereich der Seleukiden zugesprochen. Um 130 v. Chr. entstand im Norden das buddhistische Kuschana-Reich. Den Süden beherrschten vorwiegend die persischen Sassaniden. Etwa um das 10. Jh. n. Chr. wurde das Land durch die Araber islamisiert. Mitte des 18. Jh. gründete Ahmad Schah Durani ein unabhängiges Königreich. Sowohl das zaristische Russland als auch Großbritannien versuchten im 19. Jh. im Land Einfluss zu gewinnen. Mit dem Durand-Akkord von 1893 sicherten sich die Briten gegen eine Zahlung von 60.000 Pfund die Vorherrschaft. 1907 wieder unabhängig von Großbritannien, bleibt das Land im Ersten Weltkrieg neutral. Versuche von Emir Aman Ullah, innere Reformen einzuleiten, stießen auf den vehementen Protest der islamischen Geistlichkeit. 1931 schloss Afghanistan, inzwischen eine konstitutionelle Monarchie geworden, einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, der immer wieder erneuert wurde. 1947, anlässlich der Gründung Pakistans, kam es zu Spannungen mit diesem Nachbarland. 1973 nach dem Tod von Mohammed Zahir Shah, der auch im Zweiten Weltkrieg neutral geblieben war, kommt es zu einem Staatsstreich durch Daud Khan, der die Republik ausrief. 1979 besetzten sowjetische Truppen nach einem prokommunistischen Putsch das Land und setzten das ihnen hörige Regime Babrak Kamals ein, der von Mohammad Nadschibullah abgelöst wurde. Eine große Fluchtbewegung antikommunistisch gesinnter Bevölkerungsgruppen nach Pakistan setzte ein. Es kam zu einem für die Russen verlustreichen Krieg gegen die Mudschaheddin (= der den Heiligen Kampf führt), was 1989 nach einem amerikanisch-russischen Abkommen zum Abzug der sowjetischen Truppen führte. Nach einem Bürgerkrieg übernahmen 1992 die Mudshaheddin die Macht, 1996 besetzten die radikalislamischen sunnitischen Taliban die Hauptstadt Kabul. Nach dem 11. September 2001 forderten die Amerikaner vom Talibanregime die Auslieferung des Terroristen Osama Bin Ladin, von dem angenommen wurde, dass er in den unwegsamen Bergen Afghanistans Unterschlupf gefunden hätte. Da das Talibanregime ablehnte, kam es zu amerikanischen Luftangriffen, die 2002 den Sturz der Taliban und die Einsetzung

des von der Versammlung der Stämme (Loya Jirga) gewählten Hamid Karzai als Übergangsstatschef zur Folge hatten.

Politisches System

Dank der Besatzung durch internationale UN-Truppenkontingente macht Afghanistan inzwischen geringfügige demokratische Fortschritte, 2005 wurden demokratische Wahlen abgehalten. Doch noch immer kämpfen in einigen Landesteilen die Taliban, unterstützt von Al-Qaida-Einheiten. 2006 flackerten die Kämpfe erneut auf. Weder Presse- noch Religionsfreiheit konnte bisher durchgesetzt werden. In einigen Provinzen haben noch immer Warlords das Sagen.

Wirtschaft

Durch den jahrelangen Krieg ist die Volkswirtschaft des Landes völlig zerstört, Schätzungen der Weltbank für den Wiederaufbau bewegen sich in einer Größendimension von 20 Mrd. Dollar.

Afghanistan, das zu 50% Ödland ist, wird zu vier Fünftel landwirtschaftlich genutzt. Nomadische Viehwirtschaft ist eine wichtige Säule der Versorgung. Es gibt kaum Industrie, dagegen ist der Anteil an traditionellem Handwerk groß. Eine wichtige Erwerbsquelle für die bäuerliche Bevölkerung ist der Anbau von Schlafmohn, den die Regierung einschränken will. 2006 wurde ein umfangreiches Elektrifizierungsprogramm beschlossen, finanziert wird es mit einer Aufbauhilfe von 8,7 Mrd. €, die zu einem großen Teil von der Weltbank kommt.

REPUBLIK ALBANIEN (AL)



Fläche	28.784 km ²
Hauptstadt	Tirana (523 000 Einw.)
Währung	1 Lek = 100 Quindars.
Staatsform	Parlamentarische Republik
Parlament	Volksversammlung mit 155 Abgeordneten (für vier Jahre gewählt)
Religion	Muslime 65%, Christen 33%, davon Orthodoxe 20% und Katholiken 13%, sonstige 2%
Einwohner	3,1 Mio
Sprache	Albanisch (Toskisch)
Gliederung	Hauptstadtdistrikt und 35 Bezirke
Staatsoberhaupt	Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung
Nationalfeiertag	28. November und 19. Oktober (Geburtstag von Mutter Teresa)
Nationalitäten/Ethnien	Albaner 96,8%, Griechen 1,8%, sonstige 1,4%
Internet	www.parlament.al

Geschichte

Bereits um 1000 v. Chr. sind in Albanien illyrische Siedlungen nachgewiesen. 30 v. Chr. geriet das Land unter römische Herrschaft und blieb dies auch unter den Byzantinern als den Rechtsnachfolgern der Römer. Ab dem 5. Jh. n. Chr. sickern slawische Völker ein. Kurz etablierte sich Anfang des 13. Jh. ein unabhängiges Fürstentum, doch schon im letzten Viertel des 14. Jh. besetzten die Osmanen Albanien. Es kam zu einer weitgehenden Islamisierung. In der zweiten Hälfte des 15. Jh. gelang es Skanderbeg (eigentlich: Georg Kastrioti) kurzfristig, die osmanische Herrschaft zu verdrängen, doch nach seinem Tod geriet Albanien wieder unter osmanische Kontrolle. In der ersten Hälfte des 19. Jh. kam es immer wieder zu antitürkischen Aufständen. Erst nach dem Balkankrieg erreichte Albanien 1912 seine Unabhängigkeit. Im Ersten Weltkrieg wurde es wieder ein Spielball der kriegführenden Mächte: Den Norden des Landes besetzten die Mittelmächte, den Süden die Italiener. 1914 wird Wilhelm zu Wied als Herrscher eingesetzt. 1919 wurde Albanien selbstständig. Drei Jahre später übernahm Achmed Zogu die Regierungsgewalt, 1925 auch das Amt des Staatspräsidenten. 1928 rief er sich zum König aus. Außenpolitisch lehnte sich Albanien gänzlich an das faschistische Italien an, was zu Spannungen mit Jugoslawien und Griechenland führte. 1939 wurde Albanien neuerlich von italienischen Truppen besetzt. Nach der Kapitulation Italiens im Jahre 1943 übernahmen bis November 1944 am Balkan operierende deutsche Truppen die Besatzung. Dagegen formierte sich eine kommunistische Widerstandsbewegung, die vor allem von Marschall Tito unterstützt wurde. Mit Hilfe Moskaus bildete sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine Volksfrontregierung. Der Kommunist Enver Hoxha übernahm die Macht und errichtete eine Volksrepublik, die den gesamten Grundbesitz verstaatlichte. 1955 trat Albanien der UNO und dem Warschauer Pakt bei. Nach Etablierung des von Moskau unabhängigen Kurses im ehemaligen Jugoslawien kam es zu Spannungen mit diesem Nachbarstaat. Nach dem 20. Parteitag der KPdSU, bei dem Chruschtschow die stalinistische Politik vehement kritisiert hatte, wandte sich Albanien von Moskau ab und schwenkte auf die chinesische Linie ein. Nach dem Beispiel Chinas wurde eine strikte atheistische Politik betrieben,

Religionsausübung verboten, alle Kirchen und Moscheen wurden geschlossen. Seit 1991 ist Albanien eine präsidentiale Republik.

Politisches System

Seit der Wende versucht Albanien wieder Anschluss an die europäische Politik zu finden. Inzwischen sind politische Parteien zugelassen, langsam entfaltet sich eine demokratische Struktur. Freie Wahlen fanden erstmals 1991 statt. Unmittelbar nach der Wende flohen viele Albaner, vor allem Intellektuelle, nach Italien, um dort ein besseres Fortkommen zu finden. Mit dem benachbarten Serbien besteht wegen des Kosovo, einer überwiegend von Albanern (etwa 2 Mio.) bewohnten Teilrepublik, ein gespanntes Verhältnis. 2006 schloss Albanien mit der EU ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ab.

Wirtschaft

Albanien ist der am wenigsten industrialisierte Staat Europas. Während der sozialistischen Planwirtschaft wurde auf der Basis von 5-Jahres-Plänen der wirtschaftliche Schwerpunkt auf die Rohstoffgewinnung und -verarbeitung gelegt. Noch liegt die Arbeitslosigkeit bei etwa 20%. Albanien verfügt über Erdöl und Erdgas, sowie über Asphalt und Kupfervorkommen. Ein wichtiger Devisenbringer sind Chromerze, bei denen Albanien der zweitgrößte Exporteur weltweit ist.

FÜRSTENTUM ANDORRA (AND)



Fläche	453 km ²
Hauptstadt	Andorra la Vella (20.800 Einw.)
Währung	1 Euro = 100 Cent.
Staatsform	Konstitutionelles Fürstentum
Parlament	Generalrat mit 28 Abgeordneten (für 4 Jahre gewählt)
Religion	Katholiken 94,2%, Juden 0,4%, sonstige 5,4%
Einwohner	72.300 (2003)
Sprachen	Katalanisch, Spanisch, Französisch
Gliederung	7 Gemeindebezirke
Staatsoberhaupt	Spanischer Bischof von Urgel, französischer Staatspräsident
Nationalfeiertag	8. September
Nationalitäten/Ethnien	Spanier 43%, Andorraner 33%, Portugiesen 11%, Franzosen 7%, sonstige 6%
Internet	www.govern.ad

Geschichte

Andorra, Teil des Römischen Reiches bis zu dessen Ende, wurde um 700 n. Chr. von den Mauren erobert. Um 800 wurde es Teil des Frankenreiches Karls des Großen. Unter der Herrschaft seines Enkels Karl des Kahlen ging Andorra als Lehen zuerst an den Grafen und dann an den Bischof von Seo de Urgel. Als die Linie der Grafen von Urgel ausstarb, erhoben die französischen Erben, die Grafen von Foix, Anspruch auf das Gebiet. Schließlich wurde der Streit geschlichtet, der Vertrag von Paréage geschlossen, der ein Condominium beider Rechtsträger vorsah. Dieses auf feudale Wurzeln zurückgehende System bestand bis 1993, d.h. dass der Bischof von Urgel und der französische Staatspräsident gemeinsam das Territorium von Andorra regierten und nach außen repräsentierten. Damit ist Andorra neben dem Vatikan der einzige kirchlich gelenkte Staat der Welt. Seit 1981 ist der Kleinstaat weitgehend souverän, der jeweilige Regierungschef übernimmt teilweise die Aufgaben eines Staatsoberhauptes. Die spanische bzw. französische Oberhoheit ist nur mehr eine formale.

Politisches System

1993 wurde eine neue Verfassung beschlossen, die Gründung von politischen Parteien wurde erlaubt. Auch eine unabhängige Justiz wurde installiert. Im Jahr 1969 wurden erstmals allgemeine Wahlen für den Generalrat abgehalten, 1993 entschieden sich die Bewohner in einem Referendum für die Umgestaltung ihres Territoriums in ein souveränes parlamentarisches Fürstentum, wodurch Andorra auch internationalen Organisationen beitreten kann. Das Parlament, der Generalrat, besteht aus gewählten Vertretern der sieben Gemeindebezirke, die je vier Abgeordnete entsenden. Alle zwei Jahre wird die Hälfte der Abgeordneten neu gewählt. Andorra kennt keine allgemeine Wehrpflicht, nur eine Bewaffnungspflicht, d.h. jeder männliche Einwohner gehört mit eigenen Waffen der Volksmiliz an.

Die Bewohner Andorras sind nicht einkommensteuerpflichtig. Nur 20% der Einwohner Andorras sind auch Staatsbürger, das Bürgerrecht zu erhalten ist ziemlich schwierig. Viele Franzosen und Spanier haben Andorra zu ihrem Zweitwohnsitz gewählt. Andorra la Vella ist die höchst gelegene Hauptstadt Europas.

Wirtschaft

Andorras Wirtschaft fußt zu einem großen Teil auf der Tatsache, dass das Land Zollfreigebiet und damit beliebtes Einkaufsziel von Tagestouristen ist. War noch vor dem Zweiten Weltkrieg die Landwirtschaft die wichtigste Einnahmequelle der Bewohner, ist mittlerweile der Tourismus an diese Stelle getreten. Mehr als 40% der Beschäftigten arbeiten im Tourismus, der 80% des BIP erwirtschaftet. Heute leben bereits zwei Drittel der Einwohner in einem urbanen Umfeld. Einreisen nach Andorra kann der Tourist – es kommen vorwiegend Tagestouristen (im Jahr 2005 waren es mehr als 8,6 Mio.) – nur über die Straße, es gibt weder Eisenbahnen noch einen Flughafen. Mittlerweile wird der Wintertourismus mit Schifahren intensiv beworben.

Außerdem nutzt Andorra seine zahlreichen Flüsse zur Gewinnung von Energie aus Wasserkraft, die größtenteils nach Spanien exportiert wird. Ein wirtschaftlich bedeutender Faktor ist auch der Verkauf von Briefmarken sowie Einnahmen von Konzessionsgebühren verschiedener Rundfunkanstalten. Haupthandelspartner Andorras sind die Länder der Europäischen Union. Nennenswerte Industriebetriebe gibt es nicht, nur Kleingewerbe und eine klein dimensionierte Tabak verarbeitende Industrie. Auf Grund der Höhenlage floriert Rinderhaltung und Almwirtschaft. Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen werden in erster Linie Kartoffeln und Tabak angepflanzt.

REPUBLIK ARMENIEN (ARM)



Fläche	29.800 km ²
Hauptstadt	Jerewan (1,3 Mio. Einw.)
Währung	1 Dram = 100 Luma
Staatsform	Präsidiale Republik
Parlament	Abgeordnetenversammlung, bestehend aus 131 Parlamentariern (für 4 Jahre gewählt)
Religion	Armenisch- und Russisch-Orthodoxe 94%, Muslime 6%
Einwohner	3 Mio.
Sprachen	Armenisch, Russisch, Kurdisch
Gliederung	11 Bezirke
Staatsoberhaupt	Präsident
Nationalfeiertag	21. September
Nationalitäten/Ethnien	Armenier 93%, Aseri 3%, Russen 2%, Kurden 2%
Internet	www.armeniaemb.org

Geschichte

Schon im 6. Jh. v. Chr. ist auf dem Gebiet des heutigen Armenien ein Königreich Urartu nachgewiesen. Danach gehörte Armenien zum Meder- und Perserreich. Nach dem Sieg Alexanders des Großen wurde es Teil seines Reiches, nach dessen Tod gelangte es unter die Herrschaft der Seleukiden. 189 v. Chr. wurde das Land von Rom erobert und in zwei Provinzen geteilt. Erst im der Mitte des 1. Jh. v. Chr. gelang es dem römischen Vasallenkönig Tigranes II., das Land wieder zu einem und auch zu vergrößern. Doch in der Folge blieb Armenien immer ein Zankapfel zwischen den Römern und den benachbarten Parthern. Um 300 n. Chr. wurde das Christentum in Armenien als erstes Land der Erde zur Staatsreligion erhoben. Ende des 4. Jh. n. Chr. erfolgte wieder eine Teilung Armeniens in einen byzantinischen und einen persischen Landesteil. Ab Mitte des 7. Jh. machten es die Araber sich untertänig, beließen dem Land aber eine gewisse Autonomie. Mit der Invasion seldschukischer Turkvölker wurde Armenien Teil des türkischen Reiches. In den folgenden Jahrhunderten wurde es immer wieder ein Streitobjekt zwischen dem Osmanischen Reich und dem Iran. Anfangs des 19. Jh. drangen die Russen über den Kaukasus nach Süden vor. Wieder wurde Armenien zum Spielball, nun zwischen Russen und Türken, die beide immer wieder Massaker an der armenischen Bevölkerung verübten. Im Ersten Weltkrieg wurden 1915 auf türkischen Befehl 1,7 Mio. Armenier nach Syrien und Mesopotamien deportiert. Allein 600.000 von ihnen starben dabei. Die Türken wurden 1916 von den Russen abgelöst, nur 1918 bis 1920 konnte sich das Land einer kurzen Phase der Unabhängigkeit erfreuen. Auch der Vertrag von Sèvres sah eine armenische Unabhängigkeit vor, dieser Vertrag wurde aber nie ratifiziert. In diesem Vertrag musste Armenien die Region um den Berg Ararat, der noch heute das Staatswappen ziert, an die Türkei abtreten. Nach Besetzung durch die Rote Armee wurde es 1922 gemeinsam mit Georgien und Aserbaidschan als Transkaukasische Volksrepublik dem Sowjetimperium eingegliedert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erklärte sich Armenien im September 1991 selbstständig. Zwei Jahre später kam es wegen der Region Berg-Karabach zu Auseinandersetzungen mit Aserbaidschan.

Politisches System

Seit 2005 verfügt Armenien über eine Verfassung, die eine strikte Gewaltenteilung vorsieht. Das Parlament besteht aus einer Kammer und wird alle vier Jahre neu gewählt. Etwa zwei Drittel der Spracharmenier leben im Ausland. Sie können inzwischen wieder die Staatsbürgerschaft erwerben. Der armenische Präsident wird direkt vom Volk gewählt. Eines der wichtigsten Ziele der Außenpolitik ist die Anerkennung des Völkermordes durch die Türkei.

Wirtschaft

In den Ebenen Armeniens herrscht trockenes kontinentales Klima, das den Anbau von Feigen, Grapefruits und Weintrauben erlaubt. In den höheren Gebirgsregionen ist Almwirtschaft möglich. Insgesamt macht die Landwirtschaft trotz fortschreitender Industrialisierung noch immer einen wichtigen Wirtschaftszweig aus.

An Rohstoffen werden Kupferoxide, Gold, Zink, Uran und Halbmetalle ausgebeutet, dazu kommen verschiedene Gesteine.

In Armenien werden Chemikalien, Präzisionsinstrumente, Maschinen, Textilien und Lederwaren produziert. Es gibt eine in den Export gehende Konservenproduktion. Hinsichtlich der Energieversorgung ist Armenien außer einem geringen eigenen Aufkommen durch Wasserkraft fast völlig von russischen Lieferungen abhängig.

ASERBAIDSCHANISCHE REPUBLIK (AZ)



Fläche	86.600 km ²
Hauptstadt	Baku (1,7 Mio. Einw.)
Währung	1 Manat = 100 Gepik
Staatsform	Präsidiale Republik
Parlament	Nationalrat mit 125 Sitzen
Religion	Muslime 93,4%, Russisch-Orthodoxe 2,5%, Armenisch-Orthodoxe 2,3%, sonstige 1,8%
Einwohner	8,4 Mio.
Sprachen	Aseri-Türkisch, Russisch
Gliederung	54 Distrikte
Staatsoberhaupt	Präsident
Nationalfeiertag	28. Mai
Nationalitäten/Ethnien	Aseri 90%, Russen 2,5%, Armenier 2%, sonstige 5,5%
Internet	www.president.az

Geschichte

Aserbaidshon gehörte zum Meder- und Perserreich. Nach der Islamisierung durch die Araber im 8. Jh. zerfiel das Land in zahlreiche Kleinstaaten, die wechselnd persischer, mongolischer bzw. osmanischer Oberhoheit unterstanden. Ab dem 18. Jh. richtete Russland sein begehrlisches Auge auf den Ölreichtum Aserbaidshons, 1829 wurde der nördliche Landesteil von Persien erobert. Die reichen Erdölvorkommen trugen zum wirtschaftlichen Aufschwung Russlands bei. Um die Wende vom 19. zum 20. Jh. war die Region um Baku das größte Erdölfördergebiet der Welt. Im Mai 1918 erklärte sich Aserbaidshon nach dem Untergang des Zarenreiches zu einer demokratischen Republik. Doch schon im April 1920 wurde das Land von der Roten Armee erobert, damals gingen mehrere führende Politiker ins Exil. Die Sowjets verstaatlichten sofort die Erdölfelder und investierten in die Förderung. Zwischen 1922 und 1936 war Aserbaidshon Teil der Transkaukasischen Republik, die ihrerseits zur Sowjetunion angehört. 1936 wird es eine eigene Unionsrepublik wie Georgien und Armenien.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges deckte Aserbaidshon 75% des russischen Bedarfes an Erdöl. So nimmt es nicht Wunder, dass Aserbaidshon auch strategisches Ziel für die deutschen Kaukasustruppen war. Nach dem Ende der Sowjetunion erklärte sich Aserbaidshon im Oktober 1991 unabhängig. 1993 brach um die überwiegend von Armeniern bewohnte Region Berg-Karabach ein Konflikt mit Armenien aus, der längst nicht gelöst ist. Armenien hält diese Region und einen Korridor nach Armenien besetzt. Diese Besetzung löste eine Fluchtbewegung aus Berg-Karabach aus, etwa 600.000 Menschen verließen das Gebiet.

Politisches System

Nach der Unabhängigkeitserklärung gab sich Aserbaidshon 1995 eine Verfassung, der Staat ist eine präsidentiale Republik, in der das Einkammer-Parlament alle fünf Jahre gewählt wird. 1993 fanden die ersten allgemeinen Wahlen unter der Kontrolle der OSZE statt, entsprachen aber keineswegs den Vorgaben, die von OSZE bzw. dem Europarat dem Land auferlegt worden waren. Vielfach wurden Wahlbetrug und Einschüchterung des Wahlvolkes des durch feudale

Strukturen und Clanherrschaft noch immer dominierten Landesmoniert.

Zum Staatsgebiet gehört auch die Enklave Nachitschewan (etwa 5.500 km²), die durch einen Streifen armenisches Gebiet von Aserbaidtschan getrennt ist. Nachitschewan ist ein autonomes Gebiet, das sich in Zukunft mehr auf Tourismus konzentrieren will.

Wirtschaft

Die aserbaidtschanische Wirtschaft weist dank des Erdöl- und Erdgasreichtums und des stetigen Ansteigens der Weltmarktpreise für diese Güter eine beachtliche Wachstumsrate auf, zuletzt lag sie zwischen 7 und 11%. Zwei Drittel des BIP werden von der Erdöl produzierenden Industrie erwirtschaftet. Entscheidend wurde zuletzt die Pipeline von Baku nach Tiflis, die weder über russisches noch über iranisches Gebiet verläuft und so der Kontrolle dieser Mächte entzogen ist. Derzeit haben mehr als 20 Gesellschaften das Schürfrecht nach Erdöl in Aserbaidtschan, führendes Unternehmen ist dabei die British Petrol (BP). Die Gewinne aus den Erdölexporten werden vor allem in das Militär, aber auch in Sozialleistungen für die Bürger investiert. Trotz boomender Wirtschaft ist die Arbeitslosenrate als Spätfolge der Entstaatlichung noch sehr hoch. Etwa 50% der Bewohner leben unter der Armutsgrenze, die Schattenwirtschaft ist noch immer intensiv. Über Aserbaidtschan geht auch die schon im Mittelalter als wichtiger Handelsweg sehr frequentierte Seidenstraße, auf der Güter aus Ostasien bis nach Europa transportiert wurden.

KÖNIGREICH BAHRAIN (BRN)



Fläche	694 km ²
Hauptstadt	Manama (160.000 Einw.)
Währung	1 Bahrain-Dinar = 100 Fils
Staatsform	Emirat
Parlament	Parlament mit 40 für vier Jahre gewählten Mitgliedern
Religion	Schiiten 75%, Sunniten 25%
Einwohner	739.000 (2003)
Sprachen	Arabisch, Englisch
Gliederung	5 Regionen
Staatsoberhaupt	Emir
Nationalfeiertag	16. Dezember
Nationalitäten/Ethnien	Bahrain-Araber 63%, Asiaten 19%, sonstige Araber 10%, Iraner 8%
Internet	www.bahrain.gov.bh

Geschichte

Das Inselkönigreich Bahrain war dank seiner günstigen geographischen Lage an einer wichtigen Schiffsroute im Persischen Golf schon in der Antike besiedelt. Die frühe Hochkultur des Handelsvolkes der Dilmun, das dort zwischen 3000 und 2000 v. Chr. siedelte, wurde durch die Assyrer, Perser und Griechen abgelöst. Um 800 n. Chr. eroberten die Araber die Inseln, die in der Folge islamisiert wurden. Schon damals war Bahrain ein wichtiger Handelstützpunkt und Lieferant für die begehrten Perlen, die um Bahrain aus dem Meer gefischt wurden. 1522 wurde Bahrain durch die Portugiesen besetzt, etwa 80 Jahre später ging es wieder in persische Hände über. 1782 vertrieb der Ahnherr der noch heute herrschenden Dynastie Ahmed al-Faith Al-Chalifa die Perser und machte Bahrain zu einem unabhängigen Scheichtum. Im Ersten Viertel des 19. Jh. wurden Protektorsverträge mit Großbritannien geschlossen, die dem Land innere Autonomie und Schutz vor persischer und osmanischer Bedrohung boten. In der ersten Hälfte des 20. Jh. verlor die Perlentaucherei zusehends an Bedeutung durch das Aufkommen der Kulturperlen. Stattdessen wurde seit den dreißiger Jahren des 20. Jh. Öl gefördert.

Politisches System

1971 erklärte sich Bahrain wieder unabhängig. Bereits 1973 fanden erste allgemeine Wahlen statt, doch 1975 wurde das Parlament wieder aufgelöst und die Verfassung suspendiert. Ab 1993 bestand eine Beratende Versammlung. 2002 wurde die Verfassung wieder reaktiviert, das Land offiziell in ein Königreich umgewandelt und ein Zwei-Kammern-Parlament gebildet. Politische Parteien sind nicht erlaubt. Bahrain ist Mitglied der Vereinten Nationen. Der Iran erhebt noch immer Ansprüche auf den Inselstaat. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt auf der Hauptinsel Bahrain, das Emirat ist etwa zu 80% urbanisiert. Das Scheichtum ist kein fundamentalistischer Staat, sondern religiös sehr tolerant. Die Bevölkerung ist etwa zur Hälfte sunnitisch und zur Hälfte schiitisch, wobei der gesellschaftliche Einfluss der Sunniten größer ist, da die Herrscherfamilie dieser Glaubensrichtung anhängt. Für Frauen besteht keine Schleierpflicht, sie können eine gute Ausbildung erlangen.

Wirtschaft

Das Scheichtum am Persischen Golf verfügt nicht über gewaltige Erdölreserven, aber über eine florierende Erdölindustrie und ist einer der wichtigsten Bankplätze im Vorderen Orient. 1989 wurde auch eine Börse gegründet. Bahrain, aus 33 Inseln bestehend, ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt für die Golfstaaten. Zu Saudi-Arabien existiert von einer der Inseln eine Straßenverbindung über einen Damm, jährlich nutzen etwa 3 Millionen Fahrzeuge diese Verbindungsstraße. Von großer wirtschaftlicher Bedeutung sind die für den Inselstaat groß dimensionierten Werften. Bahrain besitzt das drittgrößte Trockendock der Welt, das auch für Supertanker geeignet ist.

Da das Erdölvorkommen begrenzt und ein Ende dieser Erwerbsquelle damit absehbar ist, setzt Bahrain zunehmend auf den Ausbau des Fremdenverkehrs.

Landwirtschaftliche Nutzung ist nur im Norden der Inselgruppe an schmalen Küstenstreifen möglich, es werden Datteln, Zitrusfrüchte und Gemüse angebaut. Von Bedeutung ist die Fischerei. Viele der Inseln sind felsig und liegen kaum über Meersniveau.

Um das wirtschaftliche Spektrum angesichts der nicht mehr lange anhaltenden Ölreserven zu diversifizieren, wurde in den siebziger Jahren des 20. Jh. eine Aluminiumproduktion gestartet.

VOLKSREPUBLIK BANGLADESH (BD)



Fläche	144.000 km ²
Hauptstadt	Dhaka (11,3 Mio. Einw.)
Währung	1 Taka = 100 Poisha
Staatsform	Parlamentarische Republik
Parlament	Nationalversammlung mit 300 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Religion	Muslime 88,3%, Hindus 10,5%, sonstige 1,2%
Einwohner	149 Mio. (2003)
Sprachen	Bengali, Englisch
Gliederung	5 Provinzen und 64 Bezirke
Staatsoberhaupt	Präsident
Nationalfeiertag	26. März
Nationalitäten/Ethnien	Bengalen 98%, Bihari 1,9%, sonstige 0,1%
Internet	www.bangladesh.gov.bd

Geschichte

Das Mündungsdelta der Flüsse Ganges und Brahmaputra ist alter Kulturboden. Etwa seit der alexandrinischen Zeit gehörte Ostbengalen zu Indien. Im 13. Jh. wurde dieser flache Landstrich von türkischen Truppen im Auftrag des Kaisers von Delhi erobert und zu dieser Zeit der Islam verbreitet. Ab etwa der Mitte des 18. Jh. blieb Bengalen Teil Indiens bis zur Unabhängigkeitserklärung des Subkontinents von der englischen Herrschaft. 1947 wurde das überwiegend islamische Ostbengalen als Provinz Ost-Pakistan ein Teil Gesamtpakistans. Doch die weite Distanz zwischen den beiden durch Indien getrennten Landesteilen führte zu einer ständigen Benachteiligung der Osthälfte; öffentliche Ämter und Fördermittel wurden dem Ostteil verweigert, sodass es zu vehementen Unmutsäußerungen kam. Von Indien unterstützt, fand ein Unabhängigkeitskrieg statt, der schließlich 1971 zur Selbstständigkeit führte. Der neun Monate währende Bürgerkrieg forderte fast eine Million Tote, zwischen sechs und neun Millionen Menschen flohen nach Indien. Der neue Staat nannte sich Bangladesh und erklärte sich zur unabhängigen Volksrepublik. Bereits 1972 wurden die wichtigsten Wirtschaftsbereiche, wie Banken, Versicherungen und Industrien verstaatlicht.

Politisches System

Das Land nahm vier Grundprinzipien für seine Regierungsform an, und zwar: nationalistisch, demokratisch, sozialistisch und islamisch. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit gab es noch unsichere Verhältnisse, es herrschte das Kriegsrecht, doch ab 1986 wurden Gewerkschaften zugelassen, 1988 eine Verfassung beschlossen. Außenpolitisch schloss sich Bangladesh der Gruppe der Blockfreien an. Bangladesh gehört mit einem BIP von nur 440 US-Dollar jährlich zu den ärmsten Ländern der Erde, es bezog sowohl aus dem Westen als auch aus dem Osten Entwicklungshilfe. Inzwischen formieren sich radikale islamische Gruppen, die die Einführung der Scharia verlangen, was immer wieder zu Unruhen und Streiks führt. Ethnische und religiöse Minderheiten – der Islam ist Staatsreligion – werden vielfach benachteiligt. So leben etwa im Chittagong Hill Tracts 500.000 Menschen mongolischer Herkunft, die dem Buddhismus anhängen.

Wirtschaft

Die schwierige geographische Situation im Mündungsbereich der beiden Flüsse verursacht immer wieder extreme Überschwemmungen oder Dürrekatastrophen. Die Hauptstadt Dhaka liegt nur sechs Meter über dem Meeresspiegel. Die Bevölkerung, von der fast 50% unter der Armutsgrenze lebt, weist eine Geburtenrate von 3,8 auf. Damit ist Bangladesch der dichtest besiedelte Flächenstaat der Welt. In der Agglomeration von Dhaka leben etwa 10 Mio. Menschen. Genaue Bevölkerungszahlen gibt es nicht, derzeit beruhen die Angaben darüber auf Schätzungen der Weltbank. Fast 90% der Bevölkerung leben auf dem Land, der Rest in den Städten. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Analphabeten. Wichtigste Anbauprodukte sind Reis, Weizen, Jute, Tee, Tabak und Zuckerrohr. Noch immer sind mehr als 50% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Das wichtigste landwirtschaftliche Exportgut ist Jute, sie wird auch industriell verarbeitet. Trotz zweier jährlicher Ernten ist die Landwirtschaft infolge veralteter Methoden und geringer Ausstattung mit Maschinen rückständig.

An Bodenschätzen sind Erdgas, Kalkstein, weißer Ton, Kohle und möglicherweise Erdöl vorhanden. Exportwirtschaft und Industrialisierung können sich wegen der schlechten Infrastruktur – vor allem infolge des schlechten Straßennetzes – nur langsam entwickeln. Der Hauptteil des Verkehrs wird noch über den Wasserweg abgewickelt.

KÖNIGREICH BELGIEN (B)



Fläche	30.519 km ²
Hauptstadt	Brüssel (950.000 Einw.)
Währung	1 Euro = 100 Cent
Staatsform	Parlamentarische Monarchie
Parlament	Senat mit 71 und Abgeordnetenhaus mit 150 Abgeordneten
Religion	Katholiken 75%, Freisinnige 12%, sonstige 13%
Einwohner	10,4 Mio.
Sprachen	Französisch, Niederländisch, Deutsch
Gliederung	10 Provinzen
Staatsoberhaupt	König
Nationalfeiertag	21. Juli
Nationalitäten/Ethnien	Flamen 57,7%, Wallonen 31,8%, Deutschsprachige 0,7%, Zweisprachige 9,8%
Internet	www.belgium.fgov.be

Geschichte

Belgien, das schon in der Altsteinzeit Spuren des Neandertalers in den Höhlen der Ardennen aufwies und später von germanischen und keltischen Stämmen besiedelt war, wurde im 1. Jh. v. Chr. von römischen Legionen erobert. Bis ins 5. nachchristliche Jahrhundert blieb die römische Herrschaft aufrecht. Nach dem Untergang des Römischen Reiches übernahmen die fränkischen Merowinger, im 8. Jh. die Karolinger die Herrschaft. In der Folge bestanden unabhängige Fürstentümer und Grafschaften. Flandern geriet unter französische bzw. burgundische Herrschaft. Zwischen 1348 und 1477 bis zum Tode des letzten burgundischen Herzogs, erlebte das Land eine wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit. Im 15. Jh. gelangte dieses Gebiet durch Heirat der Maria von Burgund an den habsburgischen Kaiser Maximilian. 1504 traten die spanischen Habsburger die Nachfolge an. In der Reformationszeit wurde der Norden des Landes protestantisch. 1597 gingen die südlichen Provinzen gänzlich in den Besitz der spanischen Krone über. Die nördlichen Landesteile, die sich erfolgreich gegen die Habsburger erhoben hatten, formten die Niederlande. Der Rest blieb bis zum Ausbruch des Spanischen Erbfolgekrieges im Jahr 1700 unter der Herrschaft der spanischen Krone. Nach dem Erbfolgekrieg erhielten die österreichischen Habsburger die spanischen Provinzen wieder zurück.

1794 wurden die Südprovinzen von Napoleon besetzt und 1811 mit den Nordprovinzen an Frankreich angeschlossen. Nach den Napoleonischen Kriegen wurden das heutige Belgien und die Niederlande auf dem Wiener Kongress in einem Königreich des Hauses Oranje vereint. Doch diese Vereinigung der schon so lange getrennten Provinzen erzeugte beträchtliche Unruhen. 1830 rebellierten die Belgier und verlangten die Unabhängigkeit. So entstand 1831 das unabhängige Königreich Belgien, regiert von einem König aus dem Hause Sachsen-Coburg. 1839 erkannten die Niederlande im Londoner Vertrag die belgische Unabhängigkeit an. Bis zum Ersten Weltkrieg durchlebte das Land eine relativ friedvolle Phase. In den achtziger Jahren erwarb König Leopold II. ein riesiges Kolonialreich im Kongo, ein an Bodenschätzen reiches Gebiet. Zunächst war das Kongogebiet Privatbesitz der Krone, erst ab 1908 wurde es eine belgische Kolonie.